

AssekuranzAgenda

Aktuelles aus der EU-Versicherungspolitik



EU-Finanzminister einigten sich auf allgemeine Ausrichtung zu Solvency II

Die EU-Finanzminister erreichten bei ihrem Treffen am 2. Dezember 2008 eine Einigung über das neue Versicherungsaufsichtsrecht Solvency II. Eine Mehrheit der Mitgliedstaaten unterstützte den Vorschlag der französischen Präsidentschaft, den Teil zum System von Garantien von Mutter- für Tochtergesellschaften (sog. Group Support) zu streichen. Großbritannien, die Niederlande, Irland, Dänemark und Finnland waren gegen den Textvorschlag. Ihre Stimmen reichten jedoch nicht aus, eine allgemeine Ausrichtung zu verhindern.

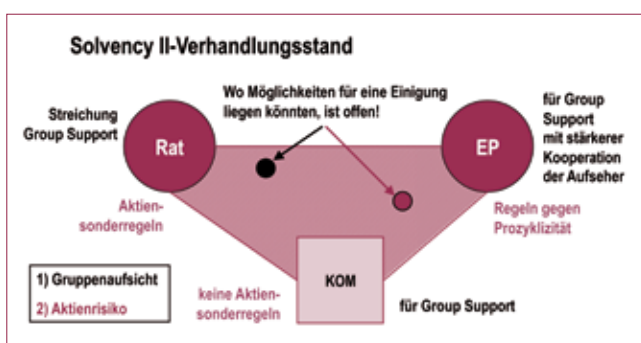
Der Wirtschafts- und Währungsausschuss des Europäischen Parlaments (EP) hatte am 7. Oktober 2008 mit großer Mehrheit einen Bericht verabschiedet, der zwar den Kommissionsvorschlag zum Group Support-Regime verändert, ihn aber nicht streicht. Die EU-Kommission hat ihrerseits klar gemacht, dass sie die Streichung des Group Support-Regimes und auch die vorgeschlagenen französischen Sonderregeln zur Behandlung des Aktienrisikos nicht unterstützt.

Aufgrund der konträren Positionen werden die Verhandlungen zwischen den drei EU-Institutionen („Trilog“) während der tschechischen Ratspräsidentschaft schwierig.

Die deutsche Versicherungswirtschaft tritt für folgende Positionen ein:

1. Europa sollte sich mit Solvency II zügig eine wegweisende, risikobasierte Aufsicht geben, die zur Finanzmarktstabilität beiträgt. Die Einigung sollte noch in dieser Legislaturperiode erfolgen.

Fortsetzung auf Seite 2



Solvency II-Verhandlungsstand

Quelle: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.

Dezember Highlights

EU-Finanzminister einigten sich auf allgemeine Ausrichtung zu Solvency II

Europäische Finanzmarktpolitik im Zeichen der Bankenkrise
Arbeitsprogramm der EU-Kommission für das Jahr 2009

Vorwort

In der neuen Amtsperiode von Europäischem Parlament und EU-Kommission will der GDV seine europäische Arbeit weiter verstärken. Erster Ausdruck unserer Europastrategie ist der neue Newsletter, den Sie gerade in Händen halten und der den bisherigen „Bericht aus Brüssel“ ersetzt.

Wir wollen Sie damit in kürzerer Folge und in modernerer Aufmachung über aktuelle Themen der europäischen Versicherungspolitik informieren. Künftig wird die Publikation auch in einer Online-Version zur Verfügung stehen.

Als Anleger von 1,1 Billionen Euro auf den Kapitalmärkten steht die Bankenkrise auch für die deutschen Versicherer ganz oben auf der politischen Agenda. Die Versicherungswirtschaft hat sich erneut als stabiler Pfeiler des Finanzsystems erwiesen. Bei der Debatte um die regulatorischen Folgen der Krise mahnen wir Stabilität, Nachhaltigkeit und Funktionsfähigkeit der Märkte an, damit wir die Beiträge unserer Kunden weiter sicher und gewinnbringend anlegen können. Dazu wird sich der GDV laufend positionieren.

Wir wünschen Ihnen einen erfolgreichen Start in das neue Jahr und hoffen auf eine weiterhin fruchtbare Verbindung.

Mit herzlichem Gruß



Dr. Joachim Wuermeling
Bevollmächtigter für
Europa & Internationales

Fortsetzung von Seite 1

2. Das Group Support-Regime ist ein Kernelement des neuen Aufsichtssystems. Die Anerkennung der ökonomischen Realität von Gruppen ist für deren Wettbewerbsfähigkeit von entscheidender Bedeutung, sodass dazu ein europäischer Ansatz zumindest im Kern angelegt sein sollte. Des Weiteren ist eine starke Gruppenaufsicht erforderlich.
3. Eine Unterschätzung der Risiken aus Aktien durch eine Mehrjahressicht ist nicht Solvency II-konform. Zur Verhinderung von prozyklischen Effekten bei Aktien besteht allerdings die Notwendigkeit der Flexibilität für Aufseher in Säule II.

Weitere Informationen: Dr. Mirko Kraft; m.kraft@gdv.de



Christine Lagarde, Finanzministerin Frankreichs

Quelle: Photographic service of the Council of the EU © European Communities

Europäische Finanzmarktpolitik im Zeichen der Bankenkrise

Ursachen und Folgen der Finanzmarkt- sowie der mittlerweile hinzugetretenen Wirtschaftskrise bestimmten das politische Geschehen der letzten Wochen. Obgleich Hauptadressat dieser Maßnahmen entsprechend den Ursachen der Krise der Bankenbereich ist, haben doch viele Vorschläge mittelbare Auswirkungen auf den Versicherungsbereich. Daher ist aus Sicht der deutschen Versicherungs-

wirtschaft jetzt von elementarer Bedeutung, dass jetzt das Projekt Solvency II abgeschlossen wird und damit für den Versicherungssektor wichtige Standards im Bereich Gruppenaufsicht, Eigenkapitalausstattung, Risikomanagement und Transparenz endlich verbindliches Recht werden.

Weitere Informationen:
Barbara Gallist; b.gallist@gdv.de

Arbeitsprogramm der EU- Kommission für das Jahr 2009

Im Arbeitsprogramm der EU-Kommission 2009 steht die Bewältigung der Finanzkrise und des Wirtschaftsabschwungs an vorderster Stelle. Erfreulich ist, dass die Kommission trotz der veränderten Rahmenbedingungen an ihrem Bekenntnis zu freien und wettbewerbsfähigen Märkten, einem regulatorischen Level-Playing-Field im Binnenmarkt und am Bürokratieabbau festhält. Sie will in vier politischen Themenfeldern Akzente setzen:

- Wachstum und Beschäftigung: Unter dieses Leitmotiv fasst die Kommission alle Vorschläge zur Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise aber auch jene Maßnahmen, die aus dem Binnenmarktreview resultieren. Es fällt auf, dass die Verbesserung des Verbraucherschutzes neben den neuen Rahmenbedingungen für Unternehmen den Kern der Binnenmarktpolitik der Kommission bildet.
- Klimawandel und nachhaltige Entwicklung
- Europa für den Bürger (Unterstützung der Bürger als Verbraucher): Unter diesem Schlagwort versteht die Kommission eine verbesserte Durchsetzung der Verbraucherrechte ebenso wie die verbesserte Lebensmittelsicherheit, die Tiergesundheit u. v. m.
- Europa als World Player: Das gesamte Arbeitsprogramm 2009 stellt die globalen Zusammenhänge, sei es bei der Reaktion auf die Finanzmarktkrise oder beim Kampf gegen den Klimawandel stark in den Mittelpunkt. Zusätzlich möchte die Kommission außenpolitisch u. a. auf eine Reform der transatlantischen Beziehungen mit der neuen US-Regierung hinwirken und eine Vollendung des Doha-Prozesses erreichen.

Weitere Informationen:

Barbara Gallist; b.gallist@gdv.de

Grünbuch zum kollektiven Rechtsschutz für Verbraucher

Die EU- Kommission hat ihr Grünbuch zu kollektiven Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verbraucher (Sammelklage) vorgelegt. Darin stellt sie die relevanten Ergebnisse der beiden von ihr in Auftrag gegebenen Studien, der informellen Konsultation zu den „draft consumer collective redress benchmarks“ und vier Optionen zum weiteren Vorgehen vor. Dabei bringt die Kommission aber bereits gewisse Präferenzen durch Gewichtung und Wahl der Beispiele zum Ausdruck. Aus der Sicht der Versicherungswirtschaft, die sich im Vorfeld intensiv an der Erarbeitung des Grünbuchs beteiligt hat, fällt das nun vorliegende Papier enttäuschend aus: Die Belastung von Unternehmen wird in keiner Weise berücksichtigt. Außerdem stellt das Grünbuch – entgegen

offizieller Zusagen – die Gestaltung als „opt-out“-System wieder zur Debatte. Erfreulich ist hingegen, dass die Kommission Möglichkeiten der außergerichtlichen Streitbeilegung ausdrücklich als Alternative mit in ihre Überlegungen aufnimmt und sich gegen Strafschadenersatz und Erfolgshonorare ausspricht. Der GDV wird an der Konsultation teilnehmen zumal die Kommission die Finanzdienstleistungsbranche als den Sektor identifiziert hat, in dem die Durchsetzung von Massenforderungen besonders schwierig sei. In diesem Beitrag wird u. a. das System des Versicherungsombudsmanns in Deutschland dargestellt.

Weitere Informationen:

Barbara Gallist; b.gallist@gdv.de

Antidiskriminierungs-Richtlinie

Bei der Beratung der Erweiterung der Antidiskriminierungs-Richtlinie gehört der Umgang mit Finanzdienstleistungen zu den wichtigsten Themen. Die vertretenen Forderungen reichen von der Streichung der Regelung für die Finanzdienstleistungswirtschaft bis hin zu ausgewogenen Lösungen. Bei einer Anhörung des Europäischen Parlaments zum Richtlinienvorschlag am 08.12.2008 plädierte die europäische Versicherungswirtschaft (Experte: Dr. Regenauer (Münchner Rück)) für die Anerkennung der Risikoprüfungspraxis der Versicherer.

Weitere Informationen:

Dr. Wilhelm Ruprecht;
w.ruprecht@gdv.de



Quelle: digitalstock.de

Risikoabsicherung der Speicherung von Kohlendioxid

Rat und Europäisches Parlament haben im Dezember das Klima- und Energie-Paket angenommen, das auch die Richtlinie über die geologische Absonderung und Speicherung von Kohlendioxid (CCS) enthält. Die Richtlinie sieht vor, dass der Betreiber die finanzielle Absicherung während des Betriebs, aber auch noch nach Schließung der Speicherstätte gewährleisten muss. Die konkrete Ausgestaltung der finanziellen Absicherung bleibt den Mitgliedstaaten überlassen. Die deutschen Versicherer sind bereit, sich an der Absicherung der CCS-Technologie über Versicherungslösungen zu beteiligen. Allerdings werden Pflichtversicherungen in diesem Bereich abgelehnt. Zudem ist bei der Umsetzung zu klären, ob die Richtlinie Regelungen lediglich zur finanziellen Absicherung des Betriebs oder auch Vorgaben für den Fall des Entstehens von Ersatzansprüchen aus Gesundheits-, Sach- und Umweltschäden enthalten soll. Der GDV warnt vor überzogenen Haftungsregeln, weil der Versicherungsschutz sonst sehr teuer wäre.

Weitere Informationen:
Kolja Gabriel; k.gabriel@gdv.de

Beschränkung der Haftung von Abschlussprüfern

Der GDV begrüßt ausdrücklich die Empfehlung der EU-Kommission zur Beschränkung der zivilrechtlichen Haftung der Abschlussprüfer. Das deutsche System wurde in der Empfehlung von Binnenmarktkommissar McCreevy als gut funktionierendes Beispiel hervorgehoben. Die Beschränkung der Haftung ermöglicht entsprechenden Versicherungsschutz für das berufliche Risiko. So werden Wettbewerbsverzerrungen zum Nachteil der kleineren und mittleren Prüfgesellschaften vermieden. Der GDV setzt sich dafür ein, dass der derzeit hierzu im Europäischen Parlament in der Diskussion stehende Initiativbericht in die gleiche Richtung wie die Kommissionsempfehlung geht.

Weitere Informationen: Kolja Gabriel; k.gabriel@gdv.de

Aus Berlin: Neues GDV-Präsidium

Die Vertreter der Mitgliedsunternehmen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) haben im Rahmen der Mitgliederversammlung am 12. November 2008 das Präsidium des Verbandes neu gewählt. Das Präsidium des Verbandes ist der Vorstand des GDV. Neuer Präsident des GDV ist Rolf-Peter Hoenen (Sprecher der Vorstände HUK-CO-BURG Versicherungsgruppe; Details siehe Seite 6). Der bisherige Präsident des Verbandes, Dr. Bernhard Schareck, gehört dem Präsidium noch weitere zwei Jahre an.

Mehr zur Zusammensetzung des neu gewählten Präsidiums unter:
www.gdv.de/Downloads/Pressemeldungen_2008/PD71_2008_Praesidium.RTF

Versicherungslexikon: Prozyklizität

Unter Prozyklizität versteht man zunächst nicht mehr als die Tatsache, dass die Finanzmärkte tendenziell das gleiche Verhaltensmuster aufweisen wie die Realwirtschaft, also starkes Wachstum bei einem konjunkturellen Aufschwung und geringes oder gar rückläufiges Wachstum in Zeiten des Abschwungs. Bei enger Auslegung bedeutet das die Verstärkung der natürlichen Auf- und Abschwünge des Finanzsystems durch Anlegerverhalten (z. B. Kauf von Aktien in Phasen steigender Kurse). Regulierung wird teilweise vorgeworfen, in negativer Weise prozyklisch zu sein, so zum Beispiel den Basel II-Bankenregeln, aber auch der Bilanzierung zu Marktwerten („fair value“). Die möglichen regulatorischen Mittel gegen eine Prozyklizität (z. B. Dämpfer oder Stabilisatoren), die antizyklisch wirken sollen, sind im Einzelnen sehr umstritten.

Veranstaltung zum Jahresausklang

Am 2. Dezember 2008 empfing das GDV Europabüro im „La Patinoire“ am Rande des Bois de la Cambre hochrangige Vertreter aus Europäischem Parlament, Rat, EU-Kommission und der Wirtschaft. Gäste wie auch Gastgeber nutzten die Gelegenheit, ein Resümee des ereignisreichen Jahres 2008 zu ziehen und einen Ausblick auf 2009 zu wagen. Neben dem großen GDV-Sommerfest wird der Cocktail



von links: MdEP Dr. Wolf Klinz, Barbara Gallist (GDV), MdEP Peter Skinner, Michaela Koller (CEA), Dr. Joachim Wuermeling (GDV)

zum Jahresausklang künftig fester Bestandteil des GDV-Kalenders werden.

Lage der deutschen Versicherungswirtschaft

In der deutschen Versicherungswirtschaft zeichnet sich für das laufende Jahr ein leichtes Beitragswachstum ab. So rechnen die 469 GDV-Mitgliedsunternehmen mit einem Beitragsplus von 1,5 (2007: 0,6) Prozent auf 165,3 Milliarden Euro. Die Lebensversicherung (ohne Pensionskassen und Pensionsfonds) und die private Krankenversicherung verbuchen ein Beitragswachstum in Höhe von 2 bzw. 2,9 Prozent. Bei der Schaden- und Unfallversicherung erreicht das Beitragsplus zwar nur 0,2 Prozent, jedoch konnte das versicherungstechnische Ergebnis verbessert werden. Für 2009 rechnen die Versicherer über alle Sparten hinweg mit einem gleichbleibenden Beitragsvolumen.

Weitere Informationen auch zu einzelnen Sparten:

www.gdv.de/Presse/Pressemeldungen_2008_Uebersichtsseite/inhaltsseite23066.html

Richtlinie zur Zinsbesteuerung

Mit einer Änderung der Zinsbesteuerungsrichtlinie soll eine Umgehung der Steuerpflicht durch zwischengeschaltete juristische Personen unterbunden werden. Daneben soll die Richtlinie auf Einkünfte wie Zinsen aus bestimmten Lebensversicherungsprodukten ausgedehnt werden. Der GDV hält eine Erstreckung der Richtlinie auf Lebensversicherungen für nicht

zielführend. Zum einen gibt es materielle Unterschiede zwischen Bankguthaben und Versicherungen. Zum anderen ist der grenzüberschreitende Verkauf von Lebensversicherungsprodukten gering und spielt bei der Steuerflucht praktisch keine Rolle.

Weitere Informationen:

Kolja Gabriel; k.gabriel@gdv.de

Regulierung von Ratingagenturen

Als Teil ihres Maßnahmenpakets zur Finanzmarktkrise hat die EU-Kommission im November 2008 einen Vorschlag für eine Verordnung über Ratingagenturen vorgelegt. Ziele sind die Verbesserung der Qualität der Ratings durch die Vermeidung von Interessenkonflikten, die Erhöhung der Transparenz sowie Maßnahmen zur Qualitätssicherung im Hinblick auf die Rating-Methodik und die Informationsbasis. Eingriffe in die einzelnen Ratings sind nicht vorgesehen. Im Vorschlag ist eine weitgehende Konsistenz mit internationalen Mindeststandards im Bereich der Ratingagenturen beabsichtigt. Es ist damit zu rechnen, dass das Europäische Parlament im weiteren Mitentscheidungsverfahren die Vorschläge noch verschärft. Die deutsche Versicherungswirtschaft begrüßt das Regulierungsvorhaben. Der Vorschlag ist grundsätzlich gut geeignet, um bisher noch bestehenden Schwächen in der Tätigkeit der Ratingagenturen effektiv entgegenzuwirken. Besonders positiv hervorzuheben sind die Kennzeichnungspflicht für auftraglose Ratings und das weitreichende Verbot von Beratungsdienstleistungen durch die Ratingagenturen. Im Hinblick auf andere Regelungen besteht aber aus Sicht des GDV noch Diskussionsbedarf, so etwa zu den mangelnden Vorschriften zur Vorab-Benachrichtigung der gerateten Unternehmen oder hinsichtlich der Rotation der Analysten.

Weitere Informationen:

Dr. Anja Theis; a.theis@gdv.de



Europabüro

60, avenue de Cortenbergh
1000 Bruxelles
Tel.: +32-2-282 47-30
Fax: +32-2-282 47-39
bruessel@gdv.de
www.gdv.de

Rolf-Peter Hoenen, Präsident des GDV



Rolf-Peter Hoenen

Quelle: Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V.

Der neue GDV-Präsident Rolf-Peter Hoenen trat sein Amt am 14. November 2008 an und folgt darin Dr. Bernhard Schareck nach. Er ist bereits seit vielen Jahren Mitglied des Präsidiums des GDV und anderer Ausschüsse des Verbandes. Zudem ist er Vorstands- und Beiratsmitglied des Vereins Versicherungsombudsmann e. V. Seit 1988 ist Rolf-Peter Hoenen Vorstandsmitglied der HUK Coburg Versicherungsgruppe, seit 1991 als Sprecher der Vorstände der Unternehmensgruppe. Er begann seine Karriere für die Versicherungswirtschaft 1975 beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen in Berlin. 1980 übernahm er neue Aufgaben im Bundesfinanzministerium in Bonn und wechselte 1981 zu den Gothaer Versicherungen in Göttingen, wo er bis 1988 dem Vorstand angehörte. Der 61-jährige Jurist übernimmt das Amt des GDV-Präsidenten in einer Zeit besonderer Herausforderungen. Angesichts der aktuellen Finanzmarktkrise, in der sich die Versicherer als krisenfest erwiesen haben, will Hoenen die Kompetenz der Versicherer bei der erforderlichen Neuausrichtung des Finanzsektors einbringen.

Weitere Details unter:

www.gdv.de/Downloads/Pressemeldungen_2008/PD70_2008_Vita.RTF

Upcoming events



Quelle: www.eu2009.cz/en/index.html

Für das 1. Halbjahr 2009 wird die Tschechische Republik den EU-Ratsvorsitz übernehmen. Alle wichtigen Präsidentschaftstermine sind bereits jetzt zu finden unter: www.eu2009.cz/en/important-events-3294/.

Außerdem interessant:

- EPFSF: Financial Turmoil: Next steps in the EU am 21. Januar 2009
- Forum Europe: The 7th Annual European Financial Services Conference zum Thema Financial Confidence and economic recovery am 27. Januar 2009
- Konferenz der liberalen Fraktion im EP (ALDE) zu Sammelklagen am 28. Januar 2009